



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Übers- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Registrierungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Erneute Tarifverhandlungen gesichert! — Beharrlichkeit führt zum Ziel. — Begleiterscheinungen der technischen Entwicklung. — Die Ernährung. — Korrespondenzen (Berlin, Bielefeld, München). — Adressenveränderungen.
Beilage: Idealismus und Gewerkschaftsbewegung. — Aus dem Genossenschaftsleben. — Rundschau. — Eingegangene Druckschriften.

Für die Woche vom 10.—16. Dezember 1911 ist die Beitragsmarke in das mit 50 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbands- Vorstandes.

Mit Rücksicht auf die durch das Scheitern der Verhandlungen über die Revision der Allgemeinen Bestimmungen veränderte Situation in der Tarifbewegung für das Buchdruckerei-Hilfspersonal und den Kampf im Steindruckgewerbe haben die Mitglieder der Zahlstellen Berlin, Hamburg und München beschlossene, die vom Verbandsvorstand auf Grund des § 12 des Verbandsstatuts ausgeschrieben Extrarbeitstage von 10 Pf. wöchentlich in der I., II. und III. Beitragsklasse auf 30 Pf. und von 20 Pf. in der IV. und V. Klasse auf 50 Pf. zu erhöhen.

Der Verbandsvorstand hat zu diesen Beschlüssen seine Zustimmung gegeben und macht hiermit darauf aufmerksam, daß sämtliche Mitglieder der genannten Zahlstellen zur Leistung der beschlossenen Extrarbeitstage verpflichtet sind.

Mitglieder, welche diesen Beschlüssen nicht nachkommen, werden im Sinne des Statuts als Restanten behandelt.

Abgerechnet haben alle Zahlstellen bis auf W a u n h e i m und W e i m a r. Wir ersuchen diese beiden Orte, die Abrechnungen umgehend einzusenden.

Der Verbandsvorstand.
F. W.: Paula Thiede, Vorsitzende.

Erneute Tarifverhandlungen gesichert!

Der ergebnislose Verlauf der am 27. und 28. November stattgefundenen Verhandlungen über die Revision der „Allgemeinen Bestimmungen“ hat den vorherzusehenden Eindruck auf die beteiligten Kreise ausgeübt. Vor allen Dingen muß

aber die Ruhe und Besonnenheit, mit der unsere Kollegenschaft die Nachricht von dem Scheitern der Verhandlungen aufgenommen hat, mit Genugtuung hervorgehoben werden. Es liegen zwar bis zur Stunde nur die Berichte über Mitgliederversammlungen aus drei Orten vor, jedoch sind das für die Tariffrage die ausschlaggebendsten Mitgliedschaften. Berlin, Leipzig und München haben in überfüllten Versammlungen die Berichte ihrer Vertreter bei den Verhandlungen entgegengenommen und in ruhiger und sachlicher Weise ihr Votum abgegeben. Ueberall wurde die Haltung der Hilfsarbeitervertreter als richtig anerkannt und entschieden gegen alle auf Prinzipalsseite geplanten Verschlechterungen energisch protestiert. Nichtsdestoweniger war sich aber die Kollegenschaft in ihrer Gesamtheit darin einig, daß trotz alledem der seit fünf Jahren beschrittene Weg der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen im Buchdruckgewerbe auch weiterhin angestrebt werden soll. Allerdings kann davon nicht die Rede sein, daß die alleinigen Kosten für den gewerblichen Frieden von der Hilfsarbeiterschaft getragen werden; ganz besonders aber dürfen durch eine Neuregelung des Arbeitsverhältnisses bisherige gewerkschaftliche Errungenschaften nicht wieder zunichte gemacht werden. Daher wurde überall zum Ausdruck gebracht, daß man von dem einsichtigen Teil der Prinzipalität, der ja glücklicherweise im Buchdruckgewerbe noch überwiegt, eine andere Stellungnahme als die von der Leipziger Tarifkommission eingenommene erwartet. In dieser Erwartung dürfte sich die Kollegenschaft nicht getäuscht haben.

Trotz aller Ruhe und Besonnenheit war sich, wie immer, so auch jetzt wieder unsere Verbandsleitung voll und ganz der hohen Verantwortlichkeit bewußt, die ihr aus der neuen Situation erwachsen ist. Es wurden daher unverzüglich die erforderlichen Schritte eingeleitet, um die am 28. November entstandene Kluft nicht noch mehr zu erweitern, sondern nach Möglichkeit zu überbrücken.

In diesem Bestreben hat unsere Verbandsleitung bei den maßgebenden Tariforganen der Buchdrucker nicht nur vollstes Verständnis, sondern auch weitestgehende Unterstützung gefunden. Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker ist am 7. d. M. zu einer Sitzung zusammengetreten und hat, dem Ersuchen unserer Organisationsleitung stattgebend, sich zur Vermittlung in den schwebenden Differenzen bereit erklärt. Nach eingehendem Studium

der ganzen Sachlage ist das Tarifamt zu dem Entschluß gelangt, den beiden Parteien folgende Einigungsvorschläge zu machen:

Nachdem der Deutsche Buchdrucker-Verein auf Grund der Beschlüsse seiner letzten Generalversammlung in Hamburg lediglich für die fakultative (nach eigenem Belieben und Ermessen der Beteiligten, im Gegensatz zu obligatorisch) Einführung des Hilfsarbeiter-Tarifes wirken kann, es ihm weder möglich ist noch der Wille vorhanden ist, eine Gewähr für die obligatorische Einführung zu übernehmen, soll der neue Tarifabschluß nicht mehr von Organisation zu Organisation, sondern von Allgemeinheit zu Allgemeinheit erfolgen. Demzufolge werden Prinzipale und Hilfsarbeiter der 20 bisherigen Tariforte aufgefordert, je 1—2 Vertreter (Berlin je 3) zu dem am 18. Dezember im Papierhaus zu Berlin angefügten neuen Tarifverhandlungen zu entsenden. Diese Verhandlungen werden von den Vorsitzenden des Tarifamtes geleitet und sollen in erster Linie die Neufassung der Allgemeinen Bestimmungen vereinbaren und im Anschluß daran auch die Regelung der für die nächste Tarifperiode zu geltenden Minimal-Lohnsätze festlegen.

Diese Einigungsvorschläge wurden sowohl vom Vorsitzenden des Deutschen Buchdrucker-Vereins als auch von unserem Verbandsvorstand als gangbar bezeichnet und demzufolge von beiden Seiten akzeptiert. Es ist nunmehr notwendig, was auch ausdrücklich vom Tarifamt gewünscht wurde, daß die in verschiedenen Orten eingeleiteten Maßnahmen, ganz besonders die schon angebauten örtlichen Verhandlungen sofort inaktiviert werden und überall nur den Anweisungen des Verbandsvorstandes entsprechend gehandelt wird.

Durch die Anbahnung neuer Verhandlungen ist zwar noch nicht die unbedingte Gewähr gegeben, daß ein neuer Tarifabschluß mit Beginn des neuen Jahres in Kraft tritt. Es ist aber die berechtigte Hoffnung vorhanden, daß auf Grund der ganz anders gearteten Voraussetzungen, als wie sie vor Leipzig gegeben waren, die bevorstehenden Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden.

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!

Beharrlichkeit führt zum Ziel.

Es gibt nur zwei Wege, ein bedeutendes Ziel zu erreichen: Gewalt und Folge. Jene wird leicht verfaßt, reizt zur Gegenwirkung und ist überhaupt nur wenigen Begünstigten vertriehen. Folge aber, beharrliche, strenge, kann auch vom Kleinsten angewendet werden und wird selten ihr Ziel verfehlen, da ihre stille Macht im Laufe der Zeit unaufhaltsam wächst. Goethe.

Mit der größten Unruhe verfolgen die besitzenden und herrschenden Klassen die glänzende und stetige Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung. Und da ihnen die Arbeiterbewegung ein Rätsel geblieben ist, so ist es ihnen auch völlig unverständlich, daß die von ihnen gehasste und verfolgte Bewegung trotz aller Mittel zur Niederhaltung, trotz Gewalt und Verleumdung so überaus großartig wächst und gedeiht. Den Gegnern der Arbeiterbewegung ist eben jedes Gefühl für die trostlose Lage des arbeitenden Volkes, für die wirtschaftliche und politische Knechtschaft der Unbemittelten abhanden gekommen. Sie haben sich so sehr an die Tatsache der unagbar traurigen und schlechten sozialen Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gewöhnt, daß sie in dem Glend und der Unterernährung der arbeitenden Bevölkerung nichts absonderliches und ungewöhnliches mehr erblicken. Treten dennoch leise moralische Bedenken und Gewissensbisse bei ihnen auf, so sind schnell allerhand beruhigende Phrasen bei der Hand, nach denen sich ein jeder in die von Gott gewollte Ordnung fügen soll, nach denen es immer Reichtum und Armut gegeben hat und geben wird. Es soll damit wohl glaubhaft gemacht werden, daß alle beachtlichsten Maßnahmen zur Heilung des sozialen Übels erfolglos sein müßten oder gar ein frevelhaftes Unternehmen genannt zu werden verdienten, dem mit allen Mitteln entgegengewirkt werden muß.

Für die organisierten Arbeiter hat sich die Durchsichtigkeit und Haltlosigkeit dieser Argumentation längst herausgestellt. Sie sind nicht mehr gewillt, sich dem Zwang einer Ordnung zu fügen, die dem arbeitenden Volk die Früchte seiner Arbeit nimmt, um den Bestehenden ungeahnte Reichtümer zugänglich zu machen. Die organisierte Arbeiterschaft hat erkannt, daß die wirtschaftliche und politische Knechtschaft trotz allen wirtschaftlichen und technischen Aufschwungs nicht aufhört zu sein. Dauern können nach wie vor weite Kreise des Volkes ihren Bedarf an Nahrungsmitteln und Verbrauchsgütern nur ungenügend decken, dauernd erhält sich deshalb der Zustand der Produktionsbeschränkungen und der sich mehrenden Arbeitslosigkeit. Dazu kommt noch die Parteienspolitik der bürgerlichen Mehrheitsparteien und der Regierung, sodas die arbeitende Bevölkerung keine Möglichkeit sieht, innerhalb der kapitalistischen Produktions- und Gesellschaftsordnung zur wirtschaftlichen und politischen Gleichberechtigung zu gelangen, ja, nicht einmal ein menschenwürdiges Dasein für die große Masse des Volkes erscheint erreichbar.

Da bleibt den arbeitenden Massen nur ein Mittel, zu menschenwürdigen Zuständen und zur Freiheit zu gelangen: die organisierte Selbsthilfe. Durch die Organisation der Massen des arbeitenden Volkes ist der Weg gewiesen, der aus wirtschaftlicher und politischer Knechtschaft herausführt. Auf keine Bewegung passen die vorausschauenden Worte Goethes so sehr, wie auf die moderne Arbeiterbewegung. Die gewalttätigen Kampfmittel überläßt sie gern den blindwütigen Arbeiterfeinden aller Richtungen, die damit nur die gute Sache des arbeitenden Volkes fördern. Dafür aber verfolgt sie mit strenger Beharrlichkeit ihr Ziel. In der modernen Arbeiterbewegung liegt deshalb von allem Anfang an das Element des Erfolges, auch deshalb, weil die beharrliche und strenge Verfolgung des Zieles von jedem einzelnen Zugehörigen der Organisation angewendet werden kann und auch angewendet wird. Welt in jedem Mitglied ein Kämpfer erkundet ist, der die stille Macht der Organisation im Laufe der Zeit mehrt. Diese Tatsache sollte mehr noch als bisher zu einem Ansporn für alle organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen werden, in unermüdlicher Verbearbeit für die Organisation, für die

Mehrung ihrer Macht tätig zu sein. Die beharrliche Verfolgung des hohen Zieles kann auch vom Kleinsten geübt werden! Das sollte sich ein jeder merken und es allen sagen!

Sehr oft stellt die beharrliche Verfolgung des von der Arbeiterbewegung gesteckten Zieles hohe Anforderungen an die einzelnen Mitglieder der Organisation. Besonders bei den wirtschaftlichen Kämpfen der Gewerkschaften müssen gerade von den einzelnen Mitgliedern große Opfer gebracht werden. Aber das zeichnet ja immer wieder die Arbeiterbewegung aus, daß die Mitglieder eiserne Disziplin zu halten wissen, daß ihr Solidaritätsgefühl und ihr Opfermut es ermöglichen, die stille Macht der Organisation unausgesetzt zu mehren. An den schönsten und ermunterndsten Beispielen hat es nie gefehlt, und täglich kommen neue hinzu. Die Starrsinnigkeit des industriellen Unternehmertums ist häufig genug zum Anlaß für die kämpfenden Arbeiter geworden, Disziplin, Solidarität und Opfermut zu betätigen. Ein außerordentlich lehrreiches Beispiel bietet der Kampf in der Hamburger Holzindustrie.

Der Kampf, der für Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne und für die Anerkennung des paritätischen Arbeitsnachweises geführt werden mußte, gestaltete sich durch die Unnachgiebigkeit des Unternehmertums außerordentlich langwierig. Die Unternehmer bezeichneten die Forderungen als unerfüllbar und diktatorisch, der Ausgang des Kampfes bewies aber etwas ganz anderes. Die Unternehmer wollten es auf eine Machtprobe ankommen lassen, da sie es mit ihrer Würde als „Arbeitgeber“ und „Herren im Hause“ nicht vereinbar hielten, sich „Bedingungen“ von den Arbeitern „vorschreiben“ zu lassen. Es ist einfach nicht wahr, daß es den Arbeitern darauf ankommt, den Unternehmern die Bedingungen zu diktieren. Wahr ist, daß die Arbeiter auch für sich das Recht in Anspruch nehmen, den Preis ihrer Ware Arbeitskraft den jeweiligen Bedürfnissen und den Lebensverhältnissen anzupassen, wie es die übrigen Bevölkerungskreise auch tun. Wahr ist, daß die Unternehmer deshalb vorgeben, sich nicht der „Diktatur“ der Gewerkschaften fügen zu können, weil sie ihren ablehrenden Standpunkt nicht auf ihre Herrschaft und Profitgier zurückgeführt wissen wollen. Die Arbeiter aber müssen im Kampfe ausharren, weil ihre Kräfte fortgesetzt in steigendem Maße vom profitgierigen Unternehmertum in Anspruch genommen werden, weil sie gegen Gesundheitschädigung und Unterernährung ankämpfen müssen. Deshalb auch brachten die Hamburger Holzarbeiter das Opfer, in heldenmütigem Kampfe dreiwöchentlich Wochen lang auszuharren! Und ihre Beharrlichkeit führte zum Sieg! Am 28. Oktober die kämpfenden Parteien nochmals zusammentraten, um über die Einigung zu verhandeln, als die Verhandlungen abermals an der Unnachgiebigkeit der Unternehmer scheiterten, da entschloß sich die Zentralschiedskommission für das deutsche Holzgewerbe, die zur Leitung der Verhandlungen berufen war, die Streitfragen durch Schiedsspruch zu entscheiden. Der Schiedsspruch erkannte nicht nur die gerechten Forderungen der Arbeiter an, er billigte ihnen auch noch an Lohnerhöhung 2 Pf. pro Stunde mehr, als sie gefordert hatten! Nunmehr erkannten auch die Hamburger Unternehmer die Forderungen an, indem sie den Schiedsspruch akzeptierten. Der vereinbarte Vertrag läuft bis zum 15. Februar 1915.

Ein glänzender Sieg! Ein herrlicher Erfolg zielbewußten Ausharens! Die Hamburger Holzarbeiter wissen es und sie haben es allen gelehrt: Beharrliche Folge, auch vom Kleinsten angewendet, führt zum Ziel und mehrt die stille Macht der Organisation! Denn, das mögen alle Arbeiter bedenken, nur durch die Organisation ist ihnen Kampf und Erfolg ermöglicht, und nur durch eine unermüdliche Verbearbeit für die Organisation wird der Kampf aussichtsreicher und der Erfolg größer und dauernder. Die Arbeiter müssen daher nicht nur für ihre Forderungen kämpfen, sie müssen auch vor allem für ihre Organisationen wirken.

Begleiterscheinungen der technischen Entwicklung.

In den Spalten unseres Verbandsorgans ist schon mehr als einmal auf die Reversseite der hochentwickelten technischen Einrichtungen unserer Betriebe hingewiesen worden, vor allem auf eine deren fatalsten Begleiterscheinungen, die selbst dem beschränktesten Arbeiter offensichtlich ist: die Unfallsgefahren. An der Hand der Berichte der für unsere Kollegenschaft in der Hauptsache zuständigen Berufsgenossenschaft konnte gezeigt werden, daß die Unfallsiffer nicht nur mit der technischen Entwicklung gleichen Schritt hält, sondern daß sie sich in verhältnismäßig größerem Maße vermehrt. Das ist eine Erscheinung, die auch anderen Kreisen offensichtlich ist und nicht nur uns Arbeitern. Dem Kenner der Dinge mußte darum der Jubiläumsummel, der im Vorjahre aus Anlaß der 25. Wiederkehr des Gründungstages der Berufsgenossenschaften inszeniert wurde, recht sonderbar amuten. Aber nur die Arbeiterschaft war es, die sich nicht durch die damals herrschende Festsetzung dazu hinreißen ließ, die Segnungen der Unfallversicherung in alle Himmel zu heben. Ruhig, sachlich wurde von der Arbeiterpresse auf das absolut Unzulängliche dieses Versicherungszweiges aufmerksam gemacht und betont, daß zu besonderen Lobeshymnen auch nicht der geringste Anlaß vorliegt. Diese Stellungnahme hat man ihr zwar arg verübelt, aber man hat durchaus nicht vermerkt, ihrer sachlichen Kritik irgend welches gegenteilige Beweismaterial entgegenzustellen, weil — objektiv betrachtet — solches nicht beizubringen war. Freilich, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß ein „Etwas“ immer noch besser als nichts ist, dann allerdings mag man mit den Wirkungen der Unfallversicherung sich einigermaßen abfinden können. Eine solche Haltung aber wird man niemals bei der klassenbewußten Arbeiterschaft finden, die im Gegenteil fordert, daß diejenigen ausreichend entschädigt werden, die durch Unglücksfälle irgend welcher Art um ihre gesunden Glieder gekommen sind.

Nun handelt es sich bei der Tätigkeit unserer Berufsgenossenschaften nicht allein um die Zahlung von Unfallrente — das wäre eine sonderbare Versicherung, die nur für die Folgen von Unfällen auskommen wollte —, zu ihren Aufgaben gehört auch eine gewisse vorzubehaltende Tätigkeit, Maßnahmen zu treffen für eine wirksame Unfallverhütung. Aber ebenso, wie die Leistungen der Berufsgenossenschaften auf dem Gebiete der Unfallschädigung absolut ungenügend sind, so sind sie es auf dem der Unfallverhütung. Auch die Erkenntnis von dieser Unzulänglichkeit hat sich bereits in Kreisen durchgesetzt, bei denen man ein gewisses Verständnis für solche Sachen voraussetzen muß. So konnte z. B. ein Geschäftsführer und technischer Aufsichtsbeamter einer Berufsgenossenschaft in dem Verbandsorgan des Vereins deutscher Revisions-Ingenieure folgende „leberische Gedanken über Unfallverhütung“ äußern: „Im allgemeinen leben wir alle — ich meine damit diejenigen, die an der berufsgenossenschaftlichen Verwaltung direkt oder indirekt interessiert sind — der frohen Ueberzeugung, es in der Unfallverhütung herrlich weit gebracht zu haben. Der Förderung dieser Sache sind seit bald fünfundschwanzig Jahren die Fortschritte der Technik, die praktischen Erfahrungen der Aufsichtsbeamten, die Ergebnisse der Unfallstatistik und beträchtliche, in die Millionen gehende Geldsummen dienlich gemacht worden. Wir haben . . . Hunderte von Geboten und Verboten mühevoll ausgearbeitet und zu langen Paragraphenreihen zusammengestellt . . . Alle gefährdenden Maschinenteile sind verzapfelt, Getriebe verkleidet . . . worden . . . So sind dank der Tätigkeit der technischen Aufsichtsbeamten im Laufe der Jahre die Betriebe immer seltener geworden, in denen es überhaupt noch etwas zu verzapfeln, zu verkleiden und zu verdecken gibt. In der äußerlich-mechanischen Unfallverhütung ist ohne Frage das Menschennögliche geleistet worden. Wären Schutzvorrichtungen und Verbote allein imstande, Unfälle zu verhüten, so müßten Betriebs-

Unfälle heute zu den außergewöhnlichen Ereignissen gehören, mindestens aber müßte die Statistik eine stetige, wenn auch langsame Abnahme der Unfälle im Verhältnis zu der Zahl der Arbeiter erkennen lassen. In Wirklichkeit liegen nun die Dinge ganz anders. Von 1892 bis Ende 1906 ist die durchschnittliche jährliche Arbeiterzahl bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften von rund 5 093 000 auf 8 600 000, die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle aber von 28 200 auf 71 200 im Jahre angewachsen. Die Arbeiterzahl ist um 69 Prozent, die Zahl der entschädigten Unfälle aber um 152 Prozent gestiegen! . . . Sehen wir aber sogar den idealen Fall, daß alle Arbeiter mit den Unfallverhütungsvorschriften genau bekennt wären und sie wie das Einmaleins am Schnürchen herunterplärrten könnten. Würden dann die wunderbaren Wirkungen, die wir von diesem Idealzustand erwarten oder zu erwarten vorgeben. Wirklich eintreten? Ich glaube nicht daran. Es ist ein Irrtum, zu wähnen, man könnte durch Verordnungen, Verbote und Paragraphen den natürlichen Lauf der Dinge wesentlich beeinflussen. Dieser Kenner der Verhältnisse stellt sich also ebenfalls auf den Standpunkt, daß unsere gegenwärtigen unsachlichen Einrichtungen noch nicht ideal und daß wir mit unserer Unfallverhütung noch nicht so weit gekommen sind, um von einer wirklichen Besserung des Unfallstandes reden zu können. Eine solche Ansicht aber stützt unsere Meinung von dem gegenwärtigen Stande der Unfallverhütung.

Was nun sind denn aber die Ursachen der jahrzehntelangen fast ganz erfolglosen Arbeit? Unsere Unternehmer sind da schnell fertig mit ihrem Urteil, siebürden alle Schuld den Arbeitern auf, die unachtsam, leichtfertig beim Arbeiten die Mehrzahl der Unfälle verursachen sollen. Das gleiche Urteil findet sich in den Berichten der Berufsgenossenschaften wieder. Daß diese so urteilen, braucht uns nicht zu wundern, sind doch die Berufsgenossenschaften reine Unternehmersonorganisationen, in denen die Arbeiter, die Objekte der Unfallverhütung, nichts zu sagen haben. Unsere Unternehmer müssen sich selbst überwachen. Ist es denn da ein Wunder, wenn unser ganzer Unfallschutz keine befriedigende Resultate zeigt, wenn er oftmals nur eine Karikatur eines wirklichen Unfallschutzes darstellt? Ja, man hat doch sogar schon technische Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaften entlassen, weil diese angeblich zu energisch auf die Einhaltung der vorgeschriebenen Schutzbestimmungen gedrungen haben! Unter solchen Umständen soll man sich dann noch wundern, daß die wiederholten Anregungen des Reichsversicherungsamtes zu durchgreifender Unfallverhütung erfolglos bleiben. Die für uns zum größten Teil mit zuständige Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft hat in Nachachtung dieser Anregungen seit einigen Jahren eine platonische Liebeserklärung ihren Jahresberichten in Form zweier Anregungen mit auf den Weg gegeben, in denen es heißt: „Es wird den Genossenschaftsmitgliedern wiederholt dringend empfohlen, Maschinen, Apparate usw. nur unter der schriftlichen Bedingung zu kaufen, daß sie mit Schutzvorrichtungen versehen sind, welche den Unfallverhütungsvorschriften der Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft entsprechen und daß ungenügende oder noch fehlende Schutzvorrichtungen, die von der Berufsgenossenschaft verlangt werden, unentgeltlich zu ergänzen oder nachzuliefern sind.“ Die zweite Anregung verlangt die Kenntnisaufgabe der Geschäftsberichte der Berufsgenossenschaft an die Betriebsleiter, „damit diese sich namentlich über die Ursachen und die Folgen der vorgekommenen Unfälle unterrichten und hieraus Veranlassung nehmen, durch Instandhaltung der Schutzvorrichtungen, durch Belehrungen und Ermahnung der Arbeiter auf tadelhafte Verhütung neuer Unfälle hinzuwirken.“

Daß mit solchen nichtsagenden Anregungen keine Unfälle verhütet werden, versteht sich von selbst, wenn man weiß, daß viele der Unternehmer selbst durch — allerdings milde, allzu milde — Strafandrohungen nicht zu bewegen sind, den Anordnungen der technischen Aufsichtsbeamten

Folge zu leisten. Die oben angeführten Anregungen der Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft lassen erkennen, daß auch bei dieser in den meisten Fällen die Schuld an den vorgekommenen Unfällen den Arbeitern zugeschoben wird. Da ist es denn recht erfreulich, daß einer solchen Annahme gegenüber die eigenen Jahresberichte der Genossenschaften einen anderen Nachweis liefern. Die Beamten dieser Genossenschaft beaufsichtigten im Jahre 1910 550 Betriebe (von 4171 vorhandenen). In diesen 550 Betrieben machten sich 4825 Anordnungen zum Schutze der Arbeiter gegen Gefahren an Leben und Gesundheit notwendig! In diesen 550 Betrieben wurden 1913 71 Mängel festgestellt! Diese Mängel waren — soweit sie speziell uns interessieren — folgende, wobei die Gesamtzahl der Mängel in Klammern beigegeben ist: Große Unordnung und Unsauberkeit (1) fahrlässiges Aufhängen oder leichtfertige Behandlung der Petroleumlampen (9), gefährdende Ausnutzung der Arbeitsräume (8), gefährdende Aus- und Eingänge für die Arbeiter (25), unzulässige Ausnutzung von Gängen, Treppen und Arbeitsplätzen zum ständigen Lagern von Gegenständen (71), schadhafte Fußböden (24), gefährdender Zustand der Treppen (172), gefährdender Zustand von Arbeitstischen, Stühlen, Bänken usw. (88), Entfernung vorhandener gewisser Schutzvorrichtungen (181), ungewöhnlich oder nur notdürftig ausgeführte Schutzvorrichtungen (402), mit besonderer Gefahr verknüpfte Arbeitsmethoden, die sich ohne Belästigung oder wirtschaftlichen Nachteil durch andere gefahrlosere ersetzen lassen (31), Unterbringung von Kleidungsstücken oder sonstigen Gebrauchsgegenständen an besonders gefährlichen Stellen (hinter oder unter Maschinen oder deren Antriebswerken) (129), Fehlen von Schutzbrillen (39), leichtfertige Lagerung von feuergefährlichen, explosiblen oder ätzenden Stoffen (3), schlechte Unterhaltung von Leitern (285), keine oder mangelhafte Einfriedigung von Vertiefungen (48). Diese gewiß schon ganz annehmbare Liste betrifft nur die Mängel, die an Betriebsräumen, Betriebseinrichtungen oder Betriebsführung vorgefunden worden sind. Sie zeigt aber, daß nur in den wenigsten Fällen den Arbeitern die Schuld zugeschoben werden kann, und zwar dürfte das teilweise nur möglich sein bei der geringen Unterbringung von Kleidungsstücken an gefährlichen Stellen und bei der Entfernung vorhandener gewisser Schutzvorrichtungen. In beiden Fällen aber ist keineswegs den Arbeitern die volle Schuld zuzuschreiben, da diese oftmals nur einer gegebenen Anweisung folgten oder — wie bei der Entfernung vorhandener gewisser Schutzvorrichtungen überhaupt in vielen Fällen unbetieftigt sind.

Die Ernährung.

k. r. Wir fordern unsere Leserinnen auf, im Geiste einen kurzen Rundgang durch die nun geschlossene Hygiene-Ausstellung in Dresden mit uns zu machen. Im letzten Artikel beschäftigten wir uns mit der Säuglingspflege und Ernährung derselben; heute wollen wir uns die Tabellen ansehen, die von der Ernährung der Erwachsenen reden. In der Abteilung für Nahrungsmittel findet man, sauber und appetitlich dargestellt, alle nur denkbaren Schwaben, Gemüse, Hülsenfrüchte, Brot, Fleisch in allen Sorten, Fische, Käse, Konserven, Kaffee, Kakao, Eingemachtes; alles mögliche, was das Herz sorgender Hausfrauen erfreuen muß und was der Körper braucht.

Der menschliche Körper setzt sich aus Substanzen zusammen, die durch genügende und praktisch ausgewählte Nahrungsmittel täglich neu ersetzt werden müssen, falls der Körper nicht langsam und vorzeitig zugrunde gehen soll. Um das zu verhindern, muß die Nahrung die notwendigen Mengen Eiweiß, Fett und Kohlenhydrate (Mehl- und Zuckersstoff) enthalten. Auf der Ausstellung ist nun neben der Nährwertangabe der einzelnen Lebensmittel das tägliche Nahrungsquantum dargestellt, das die verschiedensten sozialen Bevölkerungsschichten, man kann sagen: Reiche

und Arme, sich leisten können. Eine Tafel sagt uns, daß der tägliche Bedarf eines erwachsenen Menschen im Durchschnitt etwa 100 Gramm Eiweiß, 50 Gramm Fett und 600 Gramm Kohlenhydrate beträgt. Das ist selbstverständlich nicht aufs Gramm genau zu nehmen, sondern es richtet sich weiter nach der Art der Beschäftigung und der ganzen Konstitution jedes einzelnen Menschen. Das heißt, nur in der Theorie. In der Wirklichkeit unserer kapitalistischen Gesellschaft richtet es sich einfach bei jedem Menschen nach der Größe des Geldbeutel, den er besitzt. Bei den heutigen Feuerungspreisen dürfte wohl in manchem Arbeiterhaushalt diese Zusammenstellung nicht eingehalten werden. Beweis: die Unterernährung der Massen, die sich in Krankheit, hoher Sterblichkeitsziffer und Säuglingssterblichkeit äußert.

Eine andere Tabelle sagt uns, daß jeder Deutsche über sechs Jahre jährlich im Durchschnitt an Fleisch (Rindfleisch, Schweinefleisch, Wild, Geflügel, Fische) 51 bis 55 Kilogramm verzehrt. Das macht auf eine sechsstöpfige Familie 612 bis 660 Pfund Fleisch im Jahre. Und außerdem zeigt die Tabelle an, daß jeder Deutscher auch jährlich 180 Stüd Eier verbraucht. — Ich höre die Leserin lachen und fragen, wer dies wohl verbraucht? Verbraucht wird es, aber nicht vom Arbeiterhaushalt, denn es gibt Tausende von Familien, wo die ganze Woche kein Fleisch und nicht ein einziges Ei auf den Tisch kommt, bei denen Fleisch und Eier Luxusartikel geworden sind. Aber verbraucht werden diese Mengen Lebensmittel trotzdem, denn das, was die großen Arbeitermassen unter diesem Durchschnitt verzehren, das wird von den besitzenden Klassen noch über diesen Durchschnitt verbraucht. — Allerdings ein magerer Trost für diejenigen, die sich nicht satt essen können.

Nehmen wir nun die Ernährung eines Arztes als Muster, zu dem wir ja wohl das Vertrauen haben dürfen, daß er sie nach den Regeln der Gesundheit und der Hygiene einrichtet. Der Arzt in Deutschland konsumiert täglich laut einer aushängenden Tafel der Ausstellung: 112 Gramm Eiweiß, 92 Gramm Fett und 340 Gramm Kohlenhydrate. Daneben beachte man, was diese selbe Tafel für die Schichten der Armen und Elenden der deutschen Bevölkerung verzeichnet:

	Eiweiß	Fett	Kohlenhydrate
Eine gewöhnliche Arbeitsfrau	76	23	334
Eine Näherin	55	51	230
Eine Arbeiterfamilie mit ger. Einkommen	83	17	578 ¹
Ein armer Arbeiter	79	16	552 ²
Eine Weberfamilie	65	49	485
Ein Zigarrenarbeiter	52	53	301

¹ Vorwiegend Brot und Kartoffeln, wenig Fleisch.
² Totale Kartoffelkost.

Hier sieht man die Unterernährung ganz augenfällig. Es fehlen die Eiweiß- und Fettstoffe, d. h. es fehlt das Fleisch im Haushalte! — denn im Fleisch ist vornehmlich Eiweiß und Fettstoff enthalten.

All diesen Armen ist durch den Brot-, Fleisch- und Bodentwucher der Regierung und der herrschenden Gesellschaft, die den Hygiene-Rummel verursacht haben, eine gesunde Ernährung systematisch unmöglich gemacht worden. Mögen einzelne unter diesen Schichten ein Herz für die Arbeiter haben, aber als Klasse genommen, trägt diese Gesellschaft durch ihre Nahrungsmittelpöle und Verbrauchssteuern, durch ihre Sperrung der Grenzen für Vieh- und Fleischimporte die Schuld an der schlechten Ernährung der großen Masse der Arbeiterschaft. Die Vertreter dieser Klasse sind es, die den Arbeitern in Wort und Schrift vortreiben, daß diese Politik nicht nahrungsverteuernd wirke, daß das hinter den erhöhten Zollmauern angeblich stärker aufblühende Wirtschaftslieben den Arbeitern erhöhte Löhne bringen wird; sie sind es, die, wenn die Arbeiter sich diese erhöhten Löhne erkämpfen wollen, ihre Bewegung als Schirung des Klassenhasses verdächtigen und Staat und Polizei dagegen mobil machen. In der Tat: das Unhygienischste, was es gibt, sind die Läten der Regierung und der herrschenden Klassen, die durch ihre Politik der Hochschulzöneret eine weit über das natürliche Maß hinausgehende künstliche Verteuerung der Haus-

hastkosten und damit eine Verschlechterung der Ernährung der breiten Massen zuwege gebracht haben.

Die Praxis, darin wir leben, zeigt uns also, daß Ernährungsfragen, Fragen der Volksgesundheit und des Volkswohles keine Fragen der Erweckung des sozialen Bewußtseins einiger sportlicher Wohlthäter sind. Es sind vielmehr Machtfragen, es sind politische Fragen, die ausgelämpft werden müssen. Das arbeitende Volk wird soviel Brot und Fleisch besitzen, als es politische und wirtschaftliche Macht ausüben kann. Deshalb heißt die Parole für die Arbeiterklasse: Eroberung der politischen Macht!

Die Reichstagswahl am 12. Januar 1912 gibt Gelegenheit, mehr politische Macht durch die Wahl von sozialdemokratischen Abgeordneten zu erringen. Arbeiterfrauen und -Männer, helft deshalb, soviel ihr vermögt, daß kein wahlfähiger Mann am Wahltag es veräumt, seinen Stimmzettel für die Sozialdemokratie in die Wahlurne zu werfen! Proletarierinnen, es gilt, den Kampf um Freiheit und Brot siegreich zu führen! Herbei, helft kämpfen und siegen!

Korrespondenzen.

Berlin. Ueber den Verlauf der in Leipzig stattgefundenen Tarifberatungen berichtete Kollege Moritz am 3. Dezember in einer Versammlung der Berliner Buchdrucker-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen. Er führte unter anderem aus: Während die Arbeiter keine Forderungen auf materielle Verbesserungen gestellt hatten, sondern sich mit einer Festlegung der bereits bestehenden Verhältnisse begnügen wollten, hatten die Prinzipale eine umfangreiche Vorlage eingereicht, die in verschiedenen Punkten wesentliche Verschlechterungen der bestehenden Arbeitsverhältnisse forderte. Die Anträge kamen nur zum Teil zur Beratung, denn die Verhandlungen scheiterten schon an der Frage der Arbeitszeit. Die Unternehmer verlangten zunächst, daß die Hilfsarbeiter täglich eine halbe Stunde länger arbeiten als die Buchdrucker. Als die Arbeiter das entschieden ablehnten, erklärten sich die Unternehmer wohl bereit, die wöchentliche Arbeitszeit auf 54. schließlich auch auf 53 Stunden festzusetzen, jedoch unter der Bedingung, daß die Tarifbestimmung getroffen werde, welche besagt, daß ärmlichere, als die im Tarif angegebenen Arbeitsbedingungen nicht verschlechtert werden dürfen. Eine Aufhebung dieser Bestimmung würde für einen großen Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen eine Verschlechterung hinsichtlich der Arbeitszeit in sichere Aussicht gestellt haben. Aus diesem Grunde konnten die Arbeitervertreter der Streichung der betreffenden Bestimmungen (§ 14 des Tarifs) unter keinen Umständen zustimmen. Darauf erklärten die Prinzipale die Verhandlungen als gescheitert. — Was wird nun geschehen? Wird am 1. Januar eine tariflose Zeit eintreten? Wir glauben, sagte der Redner, daß das letzte Wort in der Tariffrage noch nicht gesprochen ist. Jedenfalls wird das Tarifamt der Buchdrucker vermittelnd einwirken. Sollte es zu neuen Verhandlungen kommen, dann werden die Unternehmer wohl nicht wieder solche Anträge stellen, die für uns unannehmbar sind, denn unser festes Zusammenhalten muß sie belehrt haben, daß sie mit den lebhaft ihren Interessen dienenden Forderungen nicht durchkommen. Doch verlassen können wir uns nicht auf eine Lösung der Tariffrage in diesem Sinne. Deshalb müssen wir für alle Fälle unsere Vorbereitungen treffen. Wir werden den Berliner Prinzipalen unsere Tarifvorlage einreichen und fragen, ob sie in drückliche Verhandlungen mit uns eintreten wollen. Lehnen sie das ab, dann werden wir den einzelnen Firmen unsere Forderungen unterbreiten und alles versuchen, um mit ihnen vom 1. Januar ab in ein neues Tarifverhältnis zu kommen. Inzwischen ist es Pflicht der Kollegen, die Organisation zu stärken und für alle Fälle gerüstet zu sein. Die Ausführungen des Referenten fanden ungeteilten Beifall. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, welche sagt: „Die von 2000 Personen besuchte Versammlung nimmt Kenntnis von den Verhandlungen über die allgemeinen Bestimmungen. Die Versammelten sind empört über die Zumindehung der Prinzipale, die ohnehin schon sehr schlechten Arbeitsverhältnisse der Hilfsarbeiter noch mehr zu verschlechtern, sie hoffen aber, daß es dem Einfluß der einsichtigeren

Prinzipale gelingen werde, trotzdem einen Tarifvertrag mit der Hilfsarbeiterschaft zustande zu bringen, um den Frieden im Gewerbe für die nächste Zeit zu sichern. Die Versammelten sprechen ihren Vertretern bei den Leipziger Verhandlungen ihre volle Anerkennung für ihr korrektes Verhalten aus und erwarten, daß dieselben auch fernerhin jeder Verschlechterung ihre Zustimmung versagen. Die Versammelten erklären, den Kampffonds in jeder Weise zu stärken und in Anbetracht der nun eingetretenen Situation für die Abkündigung der beschlossenen Extrabeiträge mit aller Energie Sorge zu tragen.“

Bielefeld. Am 14. und 23. November fanden hier Versammlungen für das Buch- und Steindruckereihilfspersonal statt, in welchen Kollege Spartuhl aus Hannover über „Zweck und Nutzen der Organisation“ referierte. Einleitend führte der Redner aus, daß schon verschiedentlich hier, seit dem Eingehen der Zahlstelle, der Versuch gemacht wurde, dieselbe wieder ins Leben zu rufen, aber alle Anstrengungen seien bisher erfolglos gewesen, so daß man hätte glauben sollen, die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Bielefelds seien auf Rosen gebettet. Aber die Aussperrung der Steindrucker und Lithographen habe die Kollegschaft doch eines Besseren belehrt. In Beispielen führte Kollege Spartuhl dann an, daß dort, wo sich die Kollegen und Kolleginnen zusammengeschlossen haben und die Organisation stark sei, auch höhere Löhne, Verzichtung der Arbeitszeit, Bezahlung der Feiertage usw. erreicht sei, während dort, wo noch keine Organisation existiere, wie hier in Bielefeld, auch noch keine Feiertagsbezahlung und keine Vergütung für Ueberstunden usw. existiert. Hieraus ersieht man am besten den Zweck der Organisation. Welchen Nutzen aber die Organisation für die Kollegschaft hat, das sieht man an den Ausgaben des Verbandes im letzten Jahre in den verschiedensten Unterzweigungen. Nachdem Kollege Spartuhl noch die Unterstützungsanstaltungen eingehend erläutert hatte, forderte er am Schluß seiner einständigen Ausführungen die anwesenden Kollegen und Kolleginnen auf, hieraus den richtigen Schluß zu ziehen, denn nur durch festen Zusammenhalt und treues Aushalten in der Organisation ist es möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Reicher Beifall folgte diesen Ausführungen. Hierauf meldeten sich 12 Kollegen und Kolleginnen zur Aufnahme. In der nun folgenden Versammlung am 23. November wurde beschlossen, die Zahlstelle wieder zu gründen. Die Vorstandswahl ergab die Wahl des Kollegen B. Müller zum Vorsitzenden, der Kollegin Frida Oberhelf als Kassiererin, des Kollegen E. Ulrich als Schriftführer und der Kolleginnen Lohsing und Strato-meier als Beisitzer. Kollege Spartuhl ersuchte nun alle Kollegen und Kolleginnen nochmals, treu zur Fahne zu halten und danach zu streben, immer mehr Kolleginnen und Kollegen für den Verband zu gewinnen. Nachdem noch Lithograph Scheele und Steindrucker Friedrichs die Ausführungen weiter ergänzten und zu festem Zusammenhalten aufgefordert hatten, wurde die Versammlung, nachdem sich noch mehrere Anwesende zur Aufnahme gemeldet hatten, geschlossen.

München. In einem Aufruf wurden die Münchener Buchdrucker-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen zu einer Versammlung am 2. Dezember in dem großen Saale des Franziskanerkellers eingeladen. Recheneten wir im Voraus schon mit einem demonstrativen Besuch, so übertraf derselbe doch alle Erwartungen. Dicht gedrängt saßen und standen die Kollegen und Kolleginnen in dem geräumigen Saale und trotzdem mußten viele wieder wegen Platzmangel umkehren. Das Scheitern unserer Tarifverhandlungen hatte unsere Gardien mobil gemacht und aufmerksam lauschten sie den Ausführungen des Gauleiters Albert Schmid, der den Anwesenden die ungeheuerlichen Verschlechterungsanträge, die die Unternehmer der Arbeiterchaft zur Beratung vorlegten, vor Augen führte. Mit Entrüstung wurden die Zimmungen der Unternehmer zur Kenntnis genommen und als der Redner erklärte, daß durch unser Festhalten an dem § 14 der „Allgemeinen Bestimmungen“ der Tarif in die Brüche ging, zeigten die Anwesenden durch demonstrativ einsetzenden Beifall, daß sie mit der Maßnahme ihrer Vertreter in Leipzig sich voll und ganz einverstanden erklärten. Der Gauleiter der Handwerker und Transportarbeiter, der nach Kollegen Schmid das Wort ergriff, kennzeichnete mit seiner Fronte die sozialpolitische Rückgrifferei der sozialpolitisch am weitesten vorgeschrittenen feindlichen Unternehmer im Buchdruckgewerbe. Genosse

Wertmann zeigte, daß bei den verschiedensten Tarifverhandlungen, die im Transportgewerbe stattgefunden haben, wo man es mit viel robusteren Unternehmern zu tun hatte, nie und auch nur annähernd solche Verschlechterungsanträge, wie sie in Leipzig seitens der Buchdruckprinzipale vorlagen, zur Verhandlung standen. Es zeigte sich hier deutlich, daß trotz aller Versicherung der Förderung des Tarifgemeinschaftsgedankens sich auch im Buchdruckgewerbe das Scharfmachern immer mehr breit macht und und die Reaktionen immer mehr die Oberhand gewinnen. Der Vorsitzende des hiesigen Ortsvereins der Buchdrucker, Herr Döhling, bedauerte das Scheitern der Verhandlungen, meinte aber, daß unter solcher Voraussetzung der Haltung der Vertreter des Hilfsarbeiterverbandes der Dank der Mitglieder gebühre. Er setzte die sozialpolitische Rückständigkeit der Unternehmer auf das immer mehr Ueberhandnehmen von Nichtfachleuten unter den Buchdruckereibesitzern, wobei er eine Reihe von drastischen Beispielen anführte. Zum Schluß versicherte er den Anwesenden die moralische, und wenn nötig, auch die finanzielle Solidarität der Buchdrucker Münchens in einem der Hilfsarbeiterchaft aufgezwungenen Kampfe und erklärte, daß unter keinen Umständen in einem solchen Falle die Buchdrucker die Arbeiten des Hilfspersonals verrichten werden. Langanhaltender Beifall wurde den beiden Rednern zuteil. In seinem Schlußwort betonte Kollege Schmid, daß mit dem Münchener Buchdruckereibesitzer-Verein bereits eine Aussprache über den Abschluß eines Tarifes in München stattgefunden habe, und daß die Verhandlungen bereits am Donnerstag, den 7. Dezember, stattfinden sollen. Er ermahnte die Anwesenden, sich nur aber nicht der Meinung hinzugeben, als wenn der Kampf dadurch schon beendet sei, sondern verweist darauf, daß nun erst der Kampf beginnen werde, und daß wir hier ebenso wie in Leipzig alle etwa geplanten Verschlechterungen, auch wenn hier der Tarif in die Brüche gehen sollte, zurückweisen werden. Daß die gestellten Lohnforderungen nicht so ohne weiteres seitens der Prinzipale akzeptiert werden, sei vorauszusetzen, und ist es deshalb nicht ausgeschlossen, daß wir sehr bald in einer weiteren Versammlung auch über das Scheitern der Verhandlungen in München Stellung nehmen müssen. Mit einem Hinweis auf die Bewegung im Steindruckgewerbe und einem warmen Appell an die Solidarität der Mitglieder schloß der Redner seine Ausführungen. Kollege Faust, der Vorsitzende der Buchbinder, der die Versammlung als Mittinteressent leitete, verlas nachfolgende Resolution, welche einstimmig angenommen wurde:

„Die heute am 2. Dezember 1911 tagende demonstrativ besuchte Versammlung der unter den Tarif für das Buchdrucker-Hilfspersonal fallenden Arbeiter und Arbeiterinnen nimmt Kenntnis von dem Scheitern des Tarifes bei Beratung der „Allgemeinen Bestimmungen“ in Leipzig und begrüßt die die Arbeiterinteressen wahrnehmende Stellung der Vertreter des Hilfsarbeiterverbandes. Gegenüber den ungeheuerlichen Verschlechterungsanträgen der Unternehmer des Buchdruckgewerbes, die nur Verpflichtungen ohne jede Rechte den Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen aufbürden wollten, war an eine Fortsetzung oder Erweiterung des Tarifverhältnisses nicht mehr zu denken.

Trotz des Scheiterns des Tarifes in Leipzig beauftragt die heutige Versammlung die leitenden Personen der bei dem Münchener Tarif in Betracht kommenden Verbände, ungeachtet die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen bei dem Verein Münchener Buchdruckereibesitzer einzureichen und bei der bereits im gegenseitigen Einverständnis festgesetzten Verhandlung zu versuchen, den gewerblichen Frieden für das Buchdruckgewerbe in München auch für die Zukunft aufrechtzuerhalten.

Wie schon in der Resolution vom 9. August verprochen auch heute die Anwesenden, allen in der nächsten Zeit seitens der Verwaltungen der Organisationen ergehenden Anordnungen auf das stricteste nachzukommen, und sollten auch in München die Verhandlungen scheitern, dann in dem der Arbeiterchaft aufgebrängten Kampfe unentwegt zu ihrem Verbands zu stehen.“

Adressenveränderungen.

Stendal.

Vorsitzender: Hermann Seidensticker, Wollweberstr. 50.
Kassierer: Gustav Koffe, Reustr. 24.

Beilage zur „Solidarität“

Br. 49.

Berlin, den 9. Dezember 1911.

17. Jahrgang.

Idealismus und Gewerkschaftsbewegung.

Nur wer sich regt, dem wird es glücken,
Die Freiheit hat, wer sie sich schafft! —
Erhebt das Haupt: Auf Eurem Rücken
Tragt Ihr die Welt! Ihr seid die Kraft!
(Clara Müller-Nahnte.)

Die Leute sind leider in der Arbeiterbewegung immer noch nicht ganz ausgefordert, die da glauben, oder es wenigstens schriftlich oder mündlich behaupten, die Teilnahme an der Gewerkschaftsbewegung erfordere keinen Idealismus. Es sind meistens dieselben Leute, die der Gewerkschaftsbewegung ebenso wie praktischer politischer Bewegung: Beteiligung an parlamentarischer oder kommunalpolitischer Arbeit oder der Betätigung in der Sozialpolitik oder der Genossenschaftsbewegung mit einem heiteren und einem nassen Auge, das heißt äußerlich skeptisch und mißtraulich gegenübersehen.

Und doch ist nichts unberechtigter als die Ansicht, daß solche Betätigung keinen Idealismus von dem, der sich ihr widmet, erfordere. Diese Ansicht ist, besonders in betreff der Gewerkschaftsbewegung, um so unbegreiflicher, als doch ihre Geschichte in allen Ländern, und nicht zuletzt in Deutschland, Zeugnis ablegt von einem bewundernswürdigen Idealismus, der sehr wohl den Vergleich mit dem der politischen Kämpfer, den wir dadurch in keiner Weise anzweifeln oder verkleinern, aushalten kann. Die Gewerkschaftsbewegung stünde, besonders in Deutschland, heute nicht so machtvoll und wohlgefestigt da ohne ihn. Massen und Führer haben ihn gleichermaßen jederzeit bewiesen und müssen ihn heute noch täglich beweisen.

Und wie ist es in anderen Ländern? Wer die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und des Koalitionsstrebens in den verschiedenen Ländern, in England, Amerika, in Italien, Ungarn, Rußland, Frankreich und Spanien studiert hat, der wird wissen, daß es sich zum Teil um wahre Heroenkämpfe gehandelt hat und noch handelt.

Wer kennt nicht die furchtbaren Opfer an Freiheit, Gut und Blut, die gebracht wurden. Die Arbeitermehreien infolge wirtschaftlicher Kämpfe in Italien und Ungarn, in Amerika, wo die Kapitalisten die verächtlichsten bewaffneten Bunkertons zum Arbeitermord anwerben und wo sie dann selber die Arbeiter des Nordes von Arbeitswilligen resp. der Anstiftung dazu beschuldigen, wie es jetzt wieder bei Mc. Namara-Prozess bewiesen, welche hohe Anforderungen an den Opfermut, vor allem auch der Führer, werden da im gewerkschaftlichen Kampfe gestellt! Wir erinnern auch an die harten Opfer, die das Ausnahmegericht in Deutschland über die Gewerkschaften nicht minder wie über die Partei verhängte. Und an die furchtbaren Freiheitsopfer, die im Laufe der Zeiten gebracht werden mußten, vor allem in den Zeiten, in denen die Koalition verboten war und mit schweren Strafen im Zuwiderhandlungsfall bestraft wurden.

Selbst in Zeiten, als die politische Freiheit triumphierte, wie in Frankreich während der großen französischen Revolution von 1789, verbot man Verbindungen und Verabredungen zur Erhöhung des Lohnes, weil dadurch die „Freiheit der Arbeit“ beeinträchtigt würde, das heißt die Freiheit der Ausbeutung. Und bedrohte nicht der alte Fritz nach Wendigung des siebenjährigen Krieges die mit allerhand fleischlichen Zuchthaus- und anderen Strafen, wie spanische Stiefel usw., die es sich bekommen ließen, einen höheren Lohn zu verlangen, als er vor dem Kriege üblich war. Noch kürzeren Prozeß machte man in China und in der Türkei früher mit „unbarmhertzig“ die Arbeit Verweigernden: man hängte sie auf. Doch auch heute noch ist neben dem Koalitionsrecht des § 152 der Gewerbeordnung der Galgen des § 153

aufgerichtet, an dem nach Professor Brentano die aufgehängt werden, die Gebrauch davon machen.

Wir brauchen denn auch gar nicht so weit in der Geschichte zurückzugehen, um über schlimme gerichtliche Exekutionen als Folgen des gewerkschaftlichen Kampfes berichten zu können. Ist nicht noch das vor kurzem endlich korrigierte Meineidsurteil gegen Schröder und Genossen und das Löbauer Zuchthausurteil in aller Gedächtnis? Wem ist nicht das Blut siedendheiß zu Kopf gestiegen vor Zorn und Empörung, als er erfahren, daß kürzlich in Detmold von bürgerlichen Geschworenen ein Gewerkschaftler zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, lediglich auf die Aussage von Streikbrechern hin, denen viele gegenteilige Zeugen gegenüberstanden. Ein Eisener Meineidsprozeß in neuer Auflage! Wer denkt nicht an den furchtbaren Justizmord in Frankreich, wo von den arbeiterfeindlich verblendeten Geschworenen ein braver Gewerkschaftsführer wegen angeblicher Anstiftung zur Ermordung eines Arbeitswilligen Agenten zum Tode verurteilt, später aber zu lebenslänglichem Gefängnis begnadigt wurde, aber infolge der erfolgten Aufregungen in die Nacht des Wahnsinns versank. Und dann die Unsummen von Verurteilungen wegen Streikpostenstehens, wegen Verletzung von Arbeitswilligen, wegen Nichtbefolgung von polizeilichen Anordnungen, wegen Erpressung usw. Ihre Zahl ist selbst unter der angeblichen Koalitionsfreiheit Legion.

Boh! werden vielleicht manche Zweifler jagen: das sind Ausnahmen; aber im normalen Lauf der Bewegung sieht es mit dem Idealismus bei den Gewerkschaften windig aus. Die meisten Mitglieder sind bloß darin, weil sie materielle Vorteile von der Gewerkschaftsorganisation haben! Nun kann man keineswegs bestreiten, daß gewiß viele Arbeiter zunächst Mitglied einer Gewerkschaftsorganisation werden aus rein egoistischen Gründen, daß in vielen Fällen es nicht der Idealismus ist, der sie hineintreibt in die Reihen ihrer Berufsgenossen, aber das kommt schließlich auch bei der politischen Bewegung vor. Aber jeder Gewerkschaftler, der längere Zeit der Organisation angehört, muß Farbe bekennen, sobald es zu Differenzen oder zu einem Kampf mit dem Unternehmer kommt. Da muß er zeigen, ob er gewillt ist, Solidarität zu üben, da gibt es kein Drücken!

Muß nicht oft der Arbeiter, der vielleicht Familienvater ist und lange Zeit vorher arbeitslos war, seine ganze Existenz in die Schanze schlagen? Nur wer selber die „Fremden“ der Maßregelung, der längeren Arbeitslosigkeit mit ihren drückenden Sorgen und Entbehrungen durchgemacht hat, kann ermaßen, welche hoher Idealismus, welche ausgeprägtes Solidaritätsgefühl dazu gehört, um diese Opfer nicht einmal, nein vielmals im Leben auf sich zu nehmen. Kommt es doch häufig genug vor, daß ältere verheiratete Arbeiter mit in den Kampf treten müssen, um jungen Kameraden zu helfen, oder daß relativ gut entlohnte Arbeiter der Großstädte in den Kampf treten, um den Provinzkameraden bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Ist das nicht höchste Klassen-solidarität, schönster Idealismus! Wie oft kommt es vor, daß ein oder einzelne gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, gewissermaßen wie ein Vorposten ins feindliche Lager, in noch vollständig unorganisierte Betriebe hineingefandt werden, um dort für die Organisation Dresche zu schlagen. Sehr oft müssen diese stündlich, täglich Schutzmänner und Demütigungen über sich ergehen lassen und doch aushalten, um der Organisation eine Gasse zu bahnen.

Und dann die so viel verklärten und heruntergezerrten Gewerkschaftsbeamten! Wie viel Idealismus und Arbeitsfreudigkeit gehört nicht dazu, sich von der Pike an herauszuarbeiten; denn in der Gewerkschaftsbewegung muß sich jeder

Beamte, vielleicht abgesehen von verschwindenden Ausnahmen, die nur die Regel bestätigen, durch angestrengte Arbeit das Vertrauen erwerben. Und dann, wenn sie durch das Vertrauen ihrer Kollegen an die Spitze gestellt sind, dann heißt es, ohne den Mut zu verlieren, all den kleinen und großen Unannehmlichkeiten standzuhalten, dem Haß der Unternehmer ebenso wie dem Mißtrauen, daß ja eine demokratische Tugend sein soll, der eigenen Kollegen sowie der „Beobachtung“ der Behörden. Zumal wenn eine Lohnbewegung, ein Kampf ungünstig verlaufen ist, dann sind es schwere Zeiten für den Gewerkschaftsbeamten und er muß oft viel über sich ergehen lassen. Dabei darf er sich aber nicht niederdrücken lassen, soll immer Initiative entwickeln und vorwärts drängen, die Mutlosen aufrichten und den Heißspornen entgegenreten.

Ja, sagt der Zweifler, an dem Idealismus, den die Gewerkschaftsbewegung erfordert, das mag alles richtig sein, aber der Gewerkschaftler hat für seinen Beitrag von der Organisation ganz bestimmte Gegenleistungen, als da sind vor allem Unterstützungen im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. Und wenn er in den Kampf geht, dann tut er es um materieller Vorteile willen, nämlich um seinen Lohn zu erhöhen, die Arbeitszeit zu verkürzen, kurzum seine eigene Lebenslage zu verbessern!

Gemach! Der gewerkschaftliche Kampf hat gewiß in erster Linie diesen Zweck, aber er ist doch im eminentesten Maße ein Kampf für die Arbeiter als Klasse. Es handelt sich dabei nie um den Vorteil eines einzelnen. Ja, es kommt sogar vor, daß der einzelne direkte Nachteile hat, wie das an einzelnen Beispielen nachgewiesen werden kann. Viele Kämpfe der Gewerkschaften werden zudem auch oft um andere Dinge geführt. Vielfach handelt es sich um die Aufrechterhaltung der Würde des Arbeiters, um seine rechtliche und moralische Stellung im Betriebe, ganz abgesehen von den vielen Fällen, wo er aus Sympathie in den Kampf eintritt, um nicht durch Unfertigkeit von Streitarbeit seinen kämpfenden Kameraden den Kampf zu erschweren.

Vielleicht werden die Unterstützungseinrichtungen ins Feld geführt. Jeder Gewerkschaftler weiß oder sollte es wenigstens wissen, daß diese nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck sind, zu dem Zweck nämlich, das Unterangebot zu verhindern, den Lohn auf seiner Höhe zu erhalten, die Konkurrenz der Arbeiter unter sich möglichst auszuschalten. Und welcher Arbeiter wird nicht zehnmal lieber arbeiten wie Unterstützung beziehen.

Nein, wie man die Sache auch drehen und dreheln mag: die Beteiligung an der Gewerkschaftsbewegung, dieser für den großen Emanzipationskampf der Arbeiterklasse absolut unentbehrlichen Kulturbewegung, diesem Massenkampf par excellence, erfordert ebenso wie der politische, großen Opfermut und hohen Idealismus. Die Gewerkschaftsbewegung stellt fast jeden früher oder später einmal vor die Feuerprobe und er muß zeigen, ob er bereit ist, seine Solidarität, seinen Idealismus durch die Tat zu beweisen! Und wer diese Feuerprobe nicht besteht, der ist der Verachtung seiner Kameraden sicher, die ihn mit Recht als Verräter, als traffen Egoisten, als Streikbrecher brandmarken.

Deshalb auch gerade ist die Gewerkschaftsbewegung eine ausgezeichnete Schule für den politischen Kampf. Der Arbeiter lernt mehr einsehen als seinen Wochenbeitrag, nämlich seine Existenz für seine Klasseninteressen. Und wir wollen doch solche Kämpfer erziehen, die mehr einzusehen gewillt sind als Groschen und Kleinarbeit, die allen drohenden Stürmen der Reaktion gegenüber zu den höchsten Opfern bereit sind.

Die Frage, welche Bewegung mehr Idealismus erfordert, ist mißig. Die Behauptung aber: die Gewerkschaftsbewegung erfordere keinen

Idealismus, sei vielmehr eine rein materielle, egoistische Bewegung, kann nur von Leuten aufgestellt werden, die keine Ahnung von ihr haben, keine Ahnung von den Opfern an Geld, Zeit und Lebensglück, die die intensive Beteiligung an der Gewerkschaftsbewegung erfordert; Personen, die vielleicht nie selbst diesen Kampf mitgekämpft oder ihn zu würdigen versucht haben und deshalb nichts wissen von dem Idealismus, der von den einzelnen aufgewendet werden mußte und muß, wie von der Masse, um die Gewerkschaftsbewegung zu ihrer heutigen Bedeutung zu bringen.

Nicht der ist ein wahrhafter Kämpfer, der das Wort Idealismus immer im Munde führt, sondern der, der durch die Tat beweisen hat, daß er mehr zu opfern gewillt ist als seinen Beitrag, der praktisch Idealismus, Solidarität und Opfermut zu betätigen gewillt ist. Und das gilt für alle Teile der Arbeiterbewegung. rm.

Russ dem Genossenschaftsleben.

Wenn Konsumenten sich zusammenschließen, um durch gemeinsamen Einkauf wirtschaftliche Vorteile zu erzielen, dann kann man in Zeitungen bürgerlicher Art sehr oft die Weisheit lesen, daß dadurch Mittelstandsbesitzungen vernichtet werden, daß es ein Unrecht an dem Handelskapitalismus und der Kaufmannschaft sei, wenn die Konsumenten ohne deren Hilfe ihre Lebensmittel und Bedarfartikel durch ihre wirtschaftliche Organisationen besorgen lassen. Gegen dieses strafwürdige Beginnen werden dann sämtliche verfügbaren Streitkräfte auf den Plan gerufen, um der unerwünschten Konkurrenz das Dasein zu erschweren. Wenn wir nun aber glauben, daß die Inhaber dieser Zeitungen von der absoluten Schädlichkeit des genossenschaftlichen Warenbezugs überzeugt wären, so befinden wir uns sehr stark auf dem Holzwege, denn sie sind dahinter gekommen, daß sie für sich selbst die gewerkschaftliche Selbsthilfe sehr wohl in Anspruch nehmen können; lesen wir doch im „Zeitungsverlag“, daß sich in Essen eine Genossenschaft der Zeitungsverleger gebildet hat zwecks gemeinsamen Bezuges von Zeitungs- und Druckpapieren, Maschinen, Schriften und sonstigen Materialien. Das Interesse an der Gründung dieser Einkaufsgenossenschaft war so stark, daß sofort 35 Anteile gezeichnet wurden und die ganze Angelegenheit wurde überhaupt mit einer Selbstverständlichkeit behandelt, daß an der Notwendigkeit und Nützlichkeit der Gründung überhaupt kein Zweifel war. Wenn doch die große Masse der Konsumenten sich ein Beispiel daran nehmen und sich die wirtschaftliche Organisation mehr nutzbar machen würde. Wir können zwar heute in Deutschland von einer achtunggebietenden Genossenschaftsbewegung sprechen, doch muß leider auch konstatiert werden, daß die Arbeiterschaft eigentlich nur zu einem geringen Teile sich den genossenschaftlichen Gedanken zu eigen gemacht hat und durch seine Betätigung ihre wirtschaftliche Lage zu heben sucht.

Wie zum großen Teil für die Gewerkschaften sind auch für die Genossenschaften die östlichen Provinzen ziemliches Oedland. Um die Bevölkerung dieser Kreise für die Konsumvereinsbewegung zu gewinnen, ist im Herbst, zum Teil unter Mithilfe der örtlichen Gewerkschaftsstellen, eine intensive Agitation betrieben worden, welche die Neugründung von Konsumvereinen in verschiedenen Orten zur Folge hatte und schon bestehende zu regerer Tätigkeit veranlaßte. Auch im nördlichen Thüringen, das bis vor einigen Jahren noch ganz unfruchtbarer Boden war, spricht jetzt eine vielversprechende genossenschaftliche Saat empor, die noch viele nennenswerte Erfolge erwarten läßt. Ueberhaupt bildet die gegenwärtige Zeit der allgemeinen Teuerung sämtlicher Lebensmittel eine lebhaft propagandistische für die Konsumvereine; in solchen Städten wird eben der Druck, den der kapitalistische Handel auf den Warenmarkt ausübt, noch fühlbarer wie zu gewöhnlichen Zeiten und die darbenende Arbeiterschaft greift — wie in ihrem Beruf, so auch hier — nach der Organisation, die durch Selbsthilfe das kapitalistische Joch erträglicher machen und schließlich überwinden will.

Die Konsumenten-Organisationen tun, wo es die pekuniären Verhältnisse irgend gestatten, auch das ihre, um den Angestellten und Arbeitern über die Zeit der Teuerung hinwegzuhelfen; die größeren Vereine haben Teuerungszulagen bewilligt, die Groß-Einkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine hat zirka 50 000 Mk. ausbezahlt, von denen an das gesamte Personal bis zum Einkommen von 3000 Mk. eine fünf- bis zehnprozentige Zulage für die Zeit vom 1. November 1911 bis 30. April 1912 gezahlt werden soll.

Die Großeinkaufsgesellschaft erzielte im dritten Quartal 1911 einen Gesamtumsatz von 28,8 Millionen Mark, das ist ein Mehrumsatz von 6,2 Millionen Mark gegen dieselbe Zeit des Vorjahres. An dem Umsatz ist die Eigenproduktion der Großeinkaufsgesellschaft in den Zigarrenfabriken mit 694 000, die Seifenfabrik mit 3,5 Millionen Mark beteiligt. Die Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft hatte auf Giro-Konto ebenfalls einen Mehrumsatz von zirka 10 Millionen Mark zu verzeichnen. Gert.

Rundschau.

Dr. Max Jäncke, der Mitbegründer und langjährige Vorsitzende des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, ist am 25. November in Hannover im Alter von 42 Jahren freiwillig aus dem Leben geschieden. Der Verstorbene war Verleger des „Sannoverschen Couriers“ und galt als einer der entschiedensten Interessenvertreter der Zeitungsverleger.

Dr. Hugo Gerschel ist am 28. November gestorben. Er war Gründer des Schutzverbandes Deutscher Steinbruckermeister, dessen Vorsitzender er bis zu Beginn vorigen Jahres war. Gensow wie Dr. Jäncke war auch Dr. Gerschel ein unermüdlicher Befechter der Unternehmerinteressen im Steinbruckerberuf und ein rücksichtsloser Gegner der Arbeiterorganisationen.

Zur Tabakarbeiterausperrung. Ueber die Berechtigung der Tabakarbeiterforderungen kann es unter sozialpolitisch verständigen Leuten keinen Zweifel geben. Wohl nur in wenigen Industrien zeigt sich die kapitalistische Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft so rücksichtslos und trüb, wie in der Tabakindustrie, speziell in der deutschen Zigarrenfabrikation. Abgesehen von einigen rühmlichen Ausnahmen existieren in ihr lange Arbeitszeiten und tarme Löhne. Ein kaum zu beschreibendes Elend herrscht unter den in dieser Branche beschäftigten Arbeitern. Viele Kranke und frühzeitig Sieche sind unter den Tabakarbeitern zu finden; die Tuberkulose in jeder Gestalt ist unter ihnen weit verbreitet. Angesichts dieser Tatsache wird es jeder sozial Denkende und Fühlende nur mit Freuden begrüßen müssen, wenn diese Arbeiter, deren Leben eine große gesundheitliche Gefahr für die übrige Menschheit bildet, sich aufbieten, ihre gewerkschaftliche Organisation auszubauen, um, gestützt auf diese, zu einer besseren wirtschaftlichen und sozialen Lage zu gelangen. Und um dieses Streben zu vereiteln, bringen die Zigarrenindustriellen alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel in Anwendung. Die Profftmacherei kommt in Anwendung, und daher greifen sie mit brutaler Gewalt ein, um die gewerkschaftliche Organisation zu zerstören oder doch auf Jahre hinaus lahmzulegen. Besonders sind es die weisfälligen Zigarrenfabrikanten, die durch die jetzt verübte Ausperrung dieses Ziel erreichen wollen.

In Westfalen, dem Lande Kanaan der Zigarrenindustriellen, wo für sie Milch und Honig fließt, werden jammervolle Löhne gezahlt. Nach den Jahresberichten der Mindener Handelskammer sind die Löhne nicht allein schlecht, sondern sie zeigen sogar für die Mehrheit der Tabakarbeiter in Westfalen eine sinkende Tendenz, was um so schwerer ins Gewicht fällt, als in der gleichen Zeit, in der die Löhne sinken, die Preise der notwendigen Lebensmittel horrend gestiegen sind. Nach diesen Handelskammerberichten betragen die täglichen Durchschnittslöhne der versicherungspflichtigen Arbeiter: Im Kreise Lübeck 1907 für 2295 Arbeiter 1,94 Mk., 1910 für 2278 Arbeiter 1,75 Mk.; im Kreise Herford 1907 für 8933 Arbeiter 2,18 Mk., 1910 für 7511 Arbeiter 2,17 Mk.; im Kreise Minden 1907 für 2129 Arbeiter 2,33 Mk., 1910 für 1768 Arbeiter 2,37 Mk.

Die Mehrheit dieser Tabakarbeiter hat also mit sinkenden Löhnen zu rechnen, denn der Durchschnittslohn ist danach von 2,16 Mk. im Jahre 1907 auf beinahe 2,11 Mk. im Jahre 1910 gesunken. Genau daselbe Bild zeigt sich in den

Zigarrenbetrieben im Fürstentum Lippe-Deimold und Badde, und in allen heimindustrialen Betrieben, die im Industriegebiet weit verbreitet sind. Hungerlöhne im wahren Sinne des Wortes sind es, mit denen die weisfälligen Tabakarbeiter abgepeist werden. Und jede Rechnung der Tabakarbeiter, um zu auskömmlichen Löhnen zu gelangen, wird brutal unterdrückt. Darf dies gelingen? Sollen die weisfälligen Tabakarbeiter unterliegen, soll ihre mühselig und unter großen Opfern aufgebaute Organisation zertrümmert werden? Wir sagen nein!

Die ausgesperrten und ausständigen Tabakarbeiter im weisfälligen Industriegebiet, in Hamburg-Altona und in Bremen und Umgebung kämpfen um ihre Existenz und werden in diesem aufgezwungenen Kampfe ausstarren, bis ihnen ihr Recht wird. Alle Arbeiter Deutschlands werden sich verpflichten fühlen, die kämpfenden Tabakarbeiter zu unterstützen, damit der Kampf für sie zum siegreichen Ende führt.

Welchen Umfang die Frauenerwerbstätigkeit angenommen hat, zeigt nachfolgende Berechnung von Prof. Dr. F. Hier-Somlo: In 14 europäischen Staaten schwankt die Zahl der erwerbstätigen Frauen im Bereiche der weiblichen Bevölkerung zwischen 14,20 Proz. und 45,1 Proz. Deutschland steht mit 30,37 Proz. an sechster Stelle. Besonders in Amerika ist die Frauenerwerbstätigkeit ziemlich ausgeprägt. Die Zahl der auf Bureauis beschäftigten Frauen beträgt 160 000. Im Kommunaldienst stehen 14 692. Die weiblichen Lehrkräfte bilden zwei Drittel der Gesamtlehrerschaft. 7000 weibliche Ärzte üben Praxis aus und 1000 weibliche Juristen sollen angeblich tätig sein. Jedoch beteiligen sich nur 18 Proz. der Frauen am Brotverdienste. In Deutschland gab es im Jahre 1905 in der Landwirtschaft, wozu selbst ja schon von jeder die weibliche Arbeit eine Rolle spielte, bei 5,32 Millionen Männer 2,72 Millionen Frauen, gegen das Jahr 1882 eine Zunahme von 8,06 Proz. 1907 kamen auf 9 581 802 Erwerbstätige 4 558 718 weibliche Berufsarbeiter. Seit 1895 hat die Frauenerwerbstätigkeit um 1 845 832 zugenommen. In der Industrie wurden im Jahre 1895 6,75 Millionen Männer und 2,57 Millionen Frauen beschäftigt. Eine Zunahme der letzteren seit 1882 um 34,97 Proz. Im Handel und Verkehr nimmt die Frauenerwerbstätigkeit zu. Sie hat sich seit 1882 nahezu verdoppelt. Die Zahl der weiblichen Kontor- und Ladenangestellten verdreifachte sich von 1895 bis 1907. Post- und Eisenbahnbeamtinnen wurden vom Jahre 1895 bis 1907 31 844 teils probeweise, teils fest angestellt. Auch die Hälfte der gesamten Lehrkräfte sind Lehrerinnen. Weibliches Kranken- und Pflegepersonal war 1907 in der Zahl von 71 624 tätig. Bei der Armen- und Waisenpflege wirkten 8456 Frauen mit. Sonst sind Frauen im Arbeitsnachweis, bei der Polizei, bei der Fabrik- und Gewerbeinspektion und im Journalisten- und Schriftstellerberuf tätig.

Eingegangene Druckschriften.

Arbeiter-Notizkalender 1912. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis gebunden 50 Pf.

Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen bringt der Kalender folgende Tabellen und Abhandlungen: Die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1907 und der Nachwahlen. — Die Sozialdemokratie in den einzelnen Provinzen und Staaten. — Stimmengahl bei der Reichstagswahl 1907. — Biographische Notizen der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten. — Winke für die Reichstagswahlen.

Auch der übrige Inhalt des Kalenders ist vielseitig. Wir erwähnen u. a.: Porträts der verstorbenen Genossen: Hermann Boramann, Emma Fyber, Gabriel Zoenstein. — Paul Singer. — Kalenderium und Gesichtskalender. — Deutsche Vereine im Auslande. — Portotaxe. — Alle wichtigen Partei- und Gewerkschaftsadressen.

Der gewerkschaftliche Teil bringt die wichtigsten Vorgänge aus der Gewerkschaftsbewegung: Lohnbewegungen und Streiks. — Internationale Gewerkschaftsbewegung 1909. — Arbeiterssekretariate. — Jahresrechnungen und Ausgaben usw.

Für die in der gewerkschaftlichen und politischen Agitation tätigen Genossen wird der Kalender ein unentbehrliches Hilfsmittel sein, namentlich leistet er gute Dienste bei der Kleinarbeit. Darum soll er der ständige Begleiter jedes Arbeiters sein.

Zu beziehen ist der Arbeiter-Notizkalender durch alle Zeitungsboten, Buchhändler und Postorte.